Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 6. November 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 9. November 2026
Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds und der Wahl eines Mitglieds der ABG mit den Jahresberichten der Zürcher Hochschulen befassen. Dabei dürfte insbesondere die Kritik an der Führung der Universität Zürich und an der Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital zu Diskussionen führen. Anschliessend stehen verschiedene bildungspolitische Geschäfte auf der Traktandenliste. Unter anderem geht es um die Ausbildung und Anstellung von Lehrpersonen, die Förderung von Kunst- und Sporttalenten sowie die Organisation des Schulalltags.

Jahresberichte der Zürcher Hochschulen sollen genehmigt werden
Eine längere Diskussion ist über die Jahresberichte 2025 der Zürcher Hochschulen zu erwarten. Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt zwar einstimmig, die Jahresberichte der drei Hochschulen der Zürcher Fachhochschule zu genehmigen (6080). Den Jahresbericht der Universität Zürich (UZH) empfiehlt sie mit 8 zu 2 Stimmen zur Genehmigung (6081). Gleichzeitig kritisiert sie aber Mängel bei der Führung und Aufsicht an der UZH sowie bei der Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital Zürich (USZ). Die finanzielle Situation der Hochschulen hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Mit Ausnahme der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) schlossen alle das Jahr 2025 mit einem leichten Gewinn ab. Die Zahl der Studierenden stieg ebenfalls weiter an und erreichte teilweise neue Höchstwerte. Die ABG zieht zudem eine positive Zwischenbilanz der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH). Gleichzeitig beobachtet sie eine zunehmende Akademisierung der Fachhochschulen und bemängelt die teilweise unzureichende Datenlage zu Ausfalltagen von Mitarbeitenden. Besonders kritisch äussert sich die ABG zu den Regelungen über Interessenbindungen, Nebenbeschäftigungen und Beteiligungen von Mitarbeitenden an der UZH. Sie fordert mehr Transparenz und klarere Abläufe. Auch die Zusammenarbeit zwischen UZH und USZ bei Personen mit Doppelanstellungen bleibt aus Sicht der Kommission schwierig. Zudem sieht sie in verschiedenen beanstandeten Sachverhalten Anzeichen für ein nicht mehr zeitgemässes Führungsverständnis an der UZH. Eine Kommissionsminderheit (FDP) beantragt, den Jahresbericht der UZH nicht zu genehmigen. Sie hält die Mängel bei der Führung und der Zusammenarbeit mit verschiedenen Anspruchsgruppen für so schwerwiegend, dass sie eine Nichtgenehmigung rechtfertigen.

ABG-Präsidentin: Raffaela Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Postulat zu Kunst- und Sportgymnasien soll abgeschrieben werden
Rasch behandelt werden dürfte das Postulat betreffend «Ausreichende Anzahl K+S-Gymiplätze für Kunst- und Sporttalente». Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 280/2021). Mit dem Postulat von FDP, SP, Mitte und Grünen wurde verlangt, genügend Mittelschulplätze für Kunst- und Sporttalente bereitzustellen. Die Bildungsdirektion konnte in der Kommission aufzeigen, wie sich Angebot und Nachfrage entwickeln. Zudem werden weitere Standorte für Kunst- und Sportgymnasien geprüft. Insbesondere für Winterthur ist die Planung bereits fortgeschritten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Lehrpersonen ohne Zulassung sollen länger angestellt werden können
Gemeinden sollen durch eine Änderung des Lehrpersonalgesetzes bei Lehrpersonenmangel mehr Spielraum erhalten. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt mit 11 zu 4 Stimmen, die parlamentarische Initiative (PI) betreffend «Anstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung» umzusetzen (KR-Nr. 234/2024). Mit der PI von Grünen-Kantonsrätin Livia Knüsel wird gefordert, dass Gemeinden bei ausgewiesenem Lehrpersonenmangel Personen ohne Lehrdiplom bis zu drei Jahre anstellen können, sofern sich diese zu einer berufsbefähigenden Weiterbildung verpflichten. Die Kommissionsmehrheit verspricht sich davon eine administrative Entlastung der Schulbehörden und mehr Kontinuität in den Klassen. Mit der obligatorischen Weiterbildung soll gleichzeitig die Unterrichtsqualität gesichert werden. Die Minderheit (SP, Mitte) lehnt die Vorlage ab. Sie befürchtet, dass damit eine Notlösung gesetzlich verankert wird, statt möglichst vielen Personen eine reguläre Ausbildung zu ermöglichen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Ausbildung an der PHZH soll flexibler werden
Eine ausführlichere Debatte dürfte es über die Weiterentwicklung der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) geben. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat zwar einstimmig, einer entsprechenden Änderung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule und des Lehrpersonalgesetzes zuzustimmen (6068). Künftig sollen Personen mit Berufsmaturität ohne Ergänzungsprüfung zum Studium für die Primarstufe zugelassen werden. Zudem sollen die Ausbildung generalistischer gestaltet, der Präsenzunterricht reduziert und vermehrt E-Learning ermöglicht werden. Studierende sollen auch auf eine zweite Fremdsprache verzichten und ausserkantonal absolvierte Praktika anrechnen lassen können. Weiter soll der Kanton mehr Handlungsspielraum bei der Ausbildung in Heil- und Sonderpädagogik erhalten. Umstritten ist aber insbesondere der erleichterte Zugang zum Studium für Personen mit Berufsmaturität. Eine Kommissionsminderheit (Grüne, Mitte) möchte an der bisherigen Ergänzungsprüfung festhalten. Sie befürchtet eine hohe Abbruchquote bei Studierenden ohne ausreichende Vorbildung und verweist darauf, dass die Abschlüsse bei einem erleichterten Zugang nicht national anerkannt wären. Die Mehrheit hält dagegen, dass für den Lehrberuf neben dem Fachwissen insbesondere die persönliche Eignung und Reife entscheidend seien. Berufserfahrung sei deshalb entsprechend zu gewichten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Keine Pflicht für kostenlose Aufgabenhilfe
Mit 9 zu 6 Stimmen beantragt die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) dem Kantonsrat, die parlamentarische Initiative betreffend «Individuelle Lernzeit statt Hausaufgaben» abzulehnen (KR-Nr. 107/2025). SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler fordert damit, dass alle Gemeinden unentgeltliche, von Fachpersonen betreute Aufgabenstunden oder im Stundenplan integrierte individuelle Lernzeiten anbieten müssen. Die Kommissionsmehrheit lehnt die PI ab, weil viele Gemeinden entsprechende Angebote bereits bereitstellten und eine solche Verpflichtung in die Gemeindeautonomie eingreifen würde. Die Minderheit (SP, Grüne, EVP) möchte die Initiative hingegen umsetzen. Ob ein Kind bei den Hausaufgaben Unterstützung erhält, dürfe nicht davon abhängen, welche Angebote seine Wohngemeinde bereitstellt oder wie viel Unterstützung es zu Hause erhält.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit: Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38

Postulat zu flexibleren Klassengrössen abschreiben
Kaum Opposition dürfte die Abschreibung des Postulats betreffend «Mehr Flexibilität bei den Klassengrössen» auslösen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 294/2022). Mit dem Vorstoss von SP, GLP und EVP wurde verlangt, Grundlagen zu erarbeiten, damit Schulbehörden und Schulleitungen die

Klassengrössen flexibler gestalten können. Die Bildungsdirektion konnte in der Kommission aufzeigen, dass die bestehenden gesetzlichen Grundlagen dies bereits ermöglichen. Zudem stehen Behörden und Schulleitungen online Informationen über die pädagogischen Möglichkeiten verschiedener Modelle zur Verfügung.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Personelles:
Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Chantal Galladé wird die 40-jährige Risiko-Managerin Nora Ernst (GLP, Winterthur) ihr Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 407/2026). Anschliessend steht ihre Wahl als neues Mitglied der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) an – ebenfalls als Ersatz für Chantal Galladé (KR-Nr. 380/2026).

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch